

Rückschau
eines Betroffenen

Freigekauft vor zwanzig Jahren

Alexander W. Bauersfeld

Zwanzig Jahre sind etwa ein Viertel des Lebens, geht man optimistisch von achtzig Jahren Lebenszeit aus. Ein langer Zeitraum. Wie genau sind da noch die Erinnerungen, sind sie schon unscharf, vergilbt, mit Patina überzogen wie alte Fotos? All das frage ich mich immer, wenn in Gesprächen, Seminaren oder Diskussionen nach meinem Freikauf aus politischer DDR-Haft gefragt wird und ich Antworten suche.

Obwohl mehrere tausend Menschen vor und nach mir diesen Weg über die „besonderen Bemühungen der Bundesregierung“ gingen, sind „Freigekaufte“ für viele Zeitgenossen immer „Exoten“. Am allermeisten wird gefragt, wieso wurden gerade Sie freigekauft, was natürlich an meinem Selbstbewusstsein kratzt. Etwas ironisch sage ich dann, für diese 95 000 DM (West) hätte die deutsche Bundesregierung auch etwas Vernünftiges kaufen können, beispielsweise einen Zwölfzylinder-„Jaguar“. Im Gegensatz zu vielen, die sich freikaufen ließen und nicht nach Hintergründen fragten, war ich an diesem Thema immer sehr interessiert.

Anfang der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts entstand für die DDR eine brisante politisch-wirtschaftliche Situation. Im Nachbarland erhob der „Klassenfeind“ mit der Solidarność sein Haupt, im Inland wuchsen im Raum der vorwiegend evangelischen Gemeinden Friedens- und Menschenrechtsgruppen, die Verschuldung stieg in unermessliche Dimensionen, dazu kam der Niedergang der Sowjetunion. Um Druck abzulassen,

wurde eine große Zahl von Ausreisen genehmigt. Gleichzeitig wurden aber auch massenweise Menschen verhaftet, die als Staatsfeinde klassifiziert waren. Ich trug den Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“, beteiligte mich an kirchlichen Aktionen, hatte West-Kontakte und verweigerte den Reservistenwehrdienst bei der Nationalen Volksarmee (NVA).

Alles Gründe, um einen „Ortsverband-Appell“ zu eröffnen, der am 13. Januar 1983 zur Verhaftung wegen „Landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ (§ 99 StGB/DDR) führte. In der Anklageschrift liest sich das so: „Von zielgerichtetem pazifistischem Gedankengut ausgehend, suchte er die Konfrontation mit den staatlichen Organen. Er trat mit pazifistischen Symbolen in der Öffentlichkeit auf und gab sich als Verfechter des sogenannten sozialen Friedensdienstes aus. Selbst die Auffassungen leitender Vertreter der Kirche widerlegte und ignorierte er.“ Die Staatsanwältin Eva-Maria Müller, die heute unbehelligt als Rechtsanwältin in Cottbus arbeitet, hatte durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) richtig ermitteln lassen. Ich stand der Kirchenpolitik von Leuten wie Albrecht Schönherr, Horst Gienke oder Manfred Stolpe ablehnend gegenüber, die eine „Kirche im Sozialismus“ wollten. Kurz vor meiner Inhaftierung übergab ich in der österreichischen Botschaft in Ost-Berlin noch einen Brief an den damaligen Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger, der mir später, als ich freigekauft war, auch antwortete. Er hatte bei seinem Besuch in Ost-Berlin,

1983 im Herbst, über den „Vertrauensanwalt der österreichischen Botschaft“, der „zufällig“ Wolfgang Vogel hieß, von der DDR-Seite signalisiert bekommen, dass meine „Abschiebung beabsichtigt sei“.

Dies schon fast ein Jahr vor meinem Freikauf. Zu dieser wichtigen Unterstützung kam noch die Initiative von Freunden wie Michael Richter und Stephan Cibulka, die meinen Namen „auf die Liste“ setzen ließen, die vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen in Bonn geführt und über die mit dem „Beauftragten für humanitäre Fragen“, Wolfgang Vogel, verhandelt wurde. Dies wusste ich schon in Umrissen vor meiner Verhaftung durch West-Besucher sowie einige wenige West-Radio- und -Fernsendungen. Auch die „Reiler Straße vier“ war mir ein Begriff, wo Wolfgang Vogel seine Kanzlei hatte. Eine weitere Hilfe erhielt ich durch Freunde in der DDR wie Peter Hellström, Reinhard Ewald, Thomas Köhler und Norbert Heber, die sich unter anderem auch an Bischof Gottfried Forck wandten. Später schrieb mir der leider viel zu früh verstorbene Kirchenmann: „Ich wünsche Ihnen einen Neubeginn und freue mich darüber, dass Ihnen Psalm 23 und Dietrich Bonhoeffers Gedicht ‚Von guten Mächten wunderbar geborgen...‘ in den schwersten Stunden eine Hilfe waren.“ Er bezog sich auf die vom MfS inszenierte Zwangsscheidung von meiner ebenfalls inhaftierten Ehefrau. Der Besuch bei mir in der Untersuchungshaftanstalt des MfS wurde Gottfried Forck nicht gestattet.

Ich habe ganz bewusst die Namen meiner Freunde und anderer Helfer genannt, weil es auch in der SED-Diktatur Zivilcourage gab. Dem MfS war meine kirchliche Bindung bekannt, deshalb bekam ich auch die Bibel, allerdings mit der Auflage, sie nicht weiterzugeben. Es war schon merkwürdig, was für eine Angst die „marxistisch-leninistischen Materialisten“ vor dem Christentum hatten. Am

13. Januar 1983 hatte das MfS mich verhaftet, mit Schreiben vom 2. Februar 1983 informierte das Rechtsanwaltsbüro Wolfgang-Egbert Näumann, Berlin (West), meine Freunde im Westen schon: „Gegen Ihren Freund wird gemäß § 99 und § 100 StGB/DDR wegen sogenannter landesverräterischer Nachrichtenübermittlung und sogenannter landesverräterischer Agententätigkeit ermittelt. Erschrecken Sie bitte nicht bei dem Vorwurf, denn § 99 und § 100 sind sehr weit gefasst. Es können daher auch Verhaltensweisen subsumiert werden, die bei uns keineswegs mit Strafe bedroht sind.“

Isolation

Dadurch war ich nun auch offiziell in die „besonderen Bemühungen der Bundesregierung“ einbezogen worden, zumal ich zum Jahreswechsel 1982/1983 auch die ständige Vertretung „bei“ der DDR-Regierung über meine drohende Verhaftung informiert hatte. Von all dem Briefwechsel und den Bemühungen um meinen Freikauf erfuhr ich in der Haft nichts. Nach meiner Scheidung wurde der Kontakt zu meiner Frau vom MfS unterbunden, meine Mutter wurde mit Verhaftung bedroht, wenn sie nicht über mein Schicksal schweigen würde. Verängstigt besuchte sie mich während meiner Haft, doch wichtige Nachrichten übermittelte sie mir nicht. Zähl wird die Zeit, wenn man den Zeitraum der Inhaftierung nicht kennt. Es ging mir psychisch sehr schlecht, auch an Selbstmord dachte ich, in den Protokollen der Untersuchungshaftanstalt des MfS heißt es am 25. Juni 1983: „Der Beschuldigte gilt nach wie vor als Schwerpunkt. Er isst oft nicht und beteiligt sich kaum noch an den Gesprächen der Mitinsassen. Am 21. Juni 1983 sprach er mit seinem Mitinsassen Nummer 24/83 über die Möglichkeit des Selbstmordversuches.“ Zu dieser Zeit lief die „Verkaufsmaschine Menschenhandel des MfS“ schon wie in vielen anderen Fäl-

len, mein Selbstmord hätte sicherlich Ärger im Westen, vor allem aber fast 100 000 DM West Devisen-Verlust bedeutet. Im Auftrag der Stasi-Menschenhändler Alexander Schalck-Golodkowski, Vogel flüsterte mir der Anwalt vor der Hauptverhandlung ins Ohr: „Es sieht gut für Sie aus, die DDR bekommt einen Milliardenkredit.“ Bei solchen Aussichten empfahl er natürlich, auf Berufung zu verzichten und „dankbar“ die drei Jahre Haft zu akzeptieren. Nach dem Motto: Je höher die Strafe, umso eher werden Sie freigekauft. Unvergesslich der Abschied vom MfS-Vernehmer nach der Urteilsverkündung. Was kann ich Ihnen jetzt noch wünschen, fragte er mich. Dass ich bald frei und im Westen bin, war meine Antwort. So etwas kann ich Ihnen nicht wünschen, war seine harte Reaktion. Ich war eben Feind für ihn, selbst in jener Situation, als ich fast völlig verzweifelt über das harte Urteil aus dem Gerichtssaal kam. Meine Freunde im Westen wurden schon wenige Tage später vom Rechtsanwaltsbüro Näumann, welches im Auftrag des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen tätig war, über das Urteil und Strafmaß informiert, während das in der DDR geheim blieb, der Prozess fand ja auch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Während der Gespräche mit meiner Mutter durfte ich über die mir vorgeworfenen „Staats-Verbrechen“ nicht reden, erst nach meinem Freikauf erfuhr sie, warum ich in der DDR inhaftiert war.

Entlassung aus der Staatsbürgerschaft

Nach der Überstellung in die Haftanstalt Cottbus sah ich durch die Fenstergitter nach wenigen Tagen erstmals jenen Lkw W 50 Kastenwagen mit zivilem Kennzeichen, in dem vor allem politische Häftlinge nach „Kalle Malle“, so hieß im Knast-Jargon die Stasi-Untersuchungsanstalt (UHA) auf dem Kassberg in Karl-Marx-Stadt, transportiert wurden.

Wundersame Dinge wurden von jenem Gefängnis erzählt, in dem die letzten Formalitäten geklärt und der MfS-Daumen für den Freikauf gen Westen, gen Osten oder wieder zurück in den Knast gehoben oder gesenkt wurde. Einer meiner Freunde, Peter Hellström, hatte sich dort für den Freikauf in die DDR entschieden, dorthin wurde er dann auch entlassen. Über ein Jahr musste ich nach der sechsmonatigen MfS-Untersuchungshaftzeit noch in Cottbus im Dreischichtbetrieb für den Volkseigenen Betrieb (VEB) Sprela Spremberg, „Träger des Ordens Banner der Arbeit“, im giftigen Staub arbeiten, bis dann die nächtlichen Rufe der Häftlinge „Traanspoort“ auch für mich galten. Mit Plastikrohren trompeteten sie in die Nacht, schrien, trommelten, alles war in Aufruhr, denn „Transport“ hieß Freiheit. Nach der Ankunft in Karl-Marx-Stadt erwies sich die Mär als falsch, der Knast war ein Knast wie alle, allerdings brauchten wir nicht zu arbeiten. In mehreren Gesprächen, es war nicht mehr so der Verhörton, wurden wir von MfS-Mitarbeitern nach unseren Vermögensverhältnissen, finanziellen Verpflichtungen und auch Plänen befragt. Endlich, am 13. Juni 1984, erhielt ich die „Urkunde über die Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR“. Mit diesem Dokument saß ich dann mit anderen in der Zelle, redete über ALDI und USA-Reisen, wir schliefen nicht in dieser letzten DDR-Knast-Nacht. Gegen Mittag wurden die Zellentüren geöffnet, wir kamen in einen Saal, dort wurden wir instruiert. Wir sollten auf den Herrn mit Liste zugehen, unseren Namen mit Geburtsdatum nennen, dann über die Stahl-Feuerleiter zum Hof klettern und den Bus dort besteigen. In der Annahme, es wäre schon ein West-Anwalt, ging ich auf den Herrn zu und begrüßte ihn mit „Guten Tag“, was ihn völlig irritierte, denn er suchte diesen Namen auf seiner Liste, bis er begriff. Nun verhielt ich

mich ein letztes Mal gegenüber dem MfS weisungsgemäß.

Völlig überdreht merkte ich mir nicht einmal, welches Kennzeichen der West-Bus hatte. Es waren übrigens zwei, denn viele Frauen waren aus dem Zuchthaus Hoheneck gebracht worden, deren Männer in Karl-Marx-Stadt einsaßen. Ohne Probleme wurden Busse und Sitzplätze getauscht, einige fanden in der Hutablage sogar BILD, sodass auf dem Gefängnishof unter den Augen der Stasi die „Feindpresse“ gelesen wurde.

Wolfgang Vogel erschien, seinen Mercedes hatte ich schon bemerkt, elegant in West-Safari-Klamotten, und hielt seine Rede. Die Karten für diesen Bus gebe es nicht am Ost-Bahnhof und nicht am Ku'Damm, wir sollten dankbar sein, dass wir freikämen, und im Westen nicht zur Springer-Presse rennen, um Namen von noch inhaftierten Gefangenen preiszugeben. Würde das passieren, könnte er nichts mehr für diese Leute tun, er säße dann hilflos vor den entscheidenden Leuten, sie würden vor seinen Augen den Namen des Betreffenden mit einem Rotstift durchstreichen und dabei auch noch lächeln. Vielmehr sollten wir im Bundesnotaufnahmelaager Gießen zu den dortigen Anwälten gehen, die Namen dieser Mitgefangenen nennen, dann würde denen geholfen, denn mit diesen Anwälten werde zusammengearbeitet. Natürlich habe ich das auch getan und Namen von Mitgefangenen dort angegeben. Erst später wurde mir klar, wie das MfS dadurch immer wieder für „Häftlingsnachschub“ sorgte. Vogel verließ den Bus, es gab keinen Beifall, wir fuhren zur Grenze.

Zerstörung einer Familie

Merkwürdig, auf der Autobahn an Weimar vorbeizufahren, wo ich öfter das Goethehaus besuchte, ich war Mitglied der Goethe-Gesellschaft, mir fielen die Worte des Dichters ein: „Die lieben Deutschen kenn ich schon; erst schweigen sie,

dann mäkeln sie, dann beseitigen sie, dann bestehlen und verschweigen sie.“ Wie treffend sind diese Worte bis heute.

Kilometerlang warteten Lkw auf der DDR-Seite auf ihre Grenzabfertigung, wir rollten auf der Diplomatenspur bis zu den Abfertigungsgebäuden, die Stasi-Leute verließen den Bus, dann der Kommentar des Busfahrers: „Die sind wir los.“

Erleichterter Beifall. Vor uns fuhr ein Lada, kurz vor der Grenzlinie bog er ab in Richtung Osten, wir rollten weiter und waren in Freiheit. Was wir nicht wussten, war, wie um uns geschachert wurde. Erst durch viele Gespräche, unter anderen mit Politikern, Journalisten oder Beteiligten wie H. Windelen (ehemaliger Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), R. von Wedel (Kirchenanwalt), W. Vogel (Rechtsanwalt), K. H. Baum (Journalist), J. Winters (Journalist) sowie durch viele Bücher und Artikel von L. Rehlinger (ehemaliger Staatssekretär im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen), P. F. Koch (Journalist), E. Mende (ehemaliger Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen) oder L. Geißel (ehemaliger Vizepräsident des Diakonischen Werkes der EKD) und vielen anderen wurden mir die Mechanismen des Freikaufes deutlich. Mein Name war durch die verschiedenen Helfer auf die Liste gekommen, die Stasi wollte mich auch loswerden, doch meine damalige Frau behalten. Sie war als Ärztin in der DDR zu wichtig und zu teuer, familiär durch ihren Bruder, einen Offizier der NVA, für die DDR zu sehr gebunden, deshalb wurde unsere Ehe zerstört. In den Stasi-Akten fand ich Hinweise auf Überlegungen, schon vor unserer Haft die Ehe zu zersetzen, was letztlich erst nach unserer Inhaftierung mit brutalen Methoden gelang. Nach einem Vierteljahr zermürbender Untersuchungshaft beim MfS resignierte sie, stellte den Antrag auf Scheidung, die Staatsanwaltschaft stellte unter vielen Be-

dingungen das Ermittlungsverfahren gegen sie ein. Sie musste ihren Wohnort sowie die Arbeitsstelle wechseln, der Kontakt zu bestimmten Kirchenvertretern wurde ihr verboten. Tragischerweise verunglückte später der sechsjährige Sohn tödlich, zur Beerdigung durfte ich trotz aller Bemühungen nicht in die DDR einreisen. Danach wollte sie die DDR auch verlassen.

Nun bemühte ich mich, sie auch in die „Bemühungen der Bundesregierung“, die ja nicht nur politischen Häftlingen galten, einbeziehen zu lassen. Auf drei Ebenen ging ich vor, ähnlich meinem eigenen Fall. Wieder half Bundespräsident Kirchschräger aus Wien: „Auf Grund Ihres Schreibens vom 24. September des Jahres habe ich wiederum den österreichischen Botschafter in Berlin befasst und beauftragt, neuerlich bei den Behörden der DDR zu intervenieren.“ Auf der zweiten Ebene war das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen wieder aktiv, allerdings signalisierte man von dort: „Zu meinem Bedauern gibt es in diesem Verfahren derzeit noch keinen Hinweis auf Fortschritte, die andere Seite ist in dieser Sache erneut angesprochen worden.“ Noch dramatischer klang der Brief von Rechtsanwalt Näumann: „Sollte Ihre geschiedene Frau im Rahmen ihrer Ausreisebemühungen festgenommen werden – was leider nicht ausgeschlossen werden kann –, so geben Sie mir das bitte bekannt, damit ich die erforderlichen Schritte einleiten kann.“

Dann bat ich auf der dritten Ebene noch die Kirchen um Hilfe, der Bevollmächtigte der EKD antwortete mir: „Immerhin kann ich Ihnen jetzt mitteilen, daß man sich kirchlicherseits in der DDR mit den dort in Ausreisefragen zuständigen Stellen in Verbindung gesetzt und unter ausdrücklichem Hinweis auf die besorgniserregende psychische Verfassung der Familie um eine möglichst baldige Ausreisegenehmigung gebeten hat.“

Und natürlich gab es den Hinweis: „streng vertraulich und nicht zur Weitergabe an Dritte geeignet“. Hier kam wieder die Angst vor der DDR durch, die durch Wolfgang Vogel immer wieder drohen ließ, man könne die Freikäufe und Ausreisen jederzeit beenden, wenn im Westen darüber berichtet werde. Mehrfach hat die DDR-Regierung auch erpresserisch „Pausen“ in diesem sensiblen Bereich „eingelegt“, bis dann die Westseite wieder einlenkte oder mehr Geld zahlte. Dies erklärt auch, wieso in den Medien der Freikauf relativ selten behandelt wurde, auch Bücher über dieses Thema gab es kaum bis 1989, außer einem ausländischen Buch „Freikauf“ und einer Biografie über Wolfgang Vogel von Jens Schmidhammer, mehr eine Liebesgabe zu dessen sechzigsten Geburtstag. Weil sich die Situation meiner geschiedenen Frau weiter dramatisch zuspitzte, suchte ich noch eine vierte Möglichkeit der Hilfe. Ich schrieb an Brigitte Klump, die über die UNO versuchte, DDR-Bewohnern zu helfen, in die Bundesrepublik Deutschland zu kommen. Ob es in diesem Fall noch geholfen hat, lässt sich nicht nachvollziehen. Sicher waren die Aktionen von Frau Klump sehr hilfreich, doch die DDR ließ sich dies trotzdem noch extra bezahlen, wie Wolfgang Vogel am 8. August 1990 an Brigitte Klump schrieb: „... daß alle unter Ihrer damaligen Obhut befindlichen Schützlinge durch die Bundesregierung freigekauft worden sind.“

Nach langen Bemühungen hatte die Bundesregierung erreicht, dass meine geschiedene Frau die DDR verlassen konnte, mit Datum vom 18. April 1986 teilte mir Hans Joachim Vogel mit: „... daß die Behörden der DDR nunmehr ... die Ausreise ermöglicht haben.“ Wir trafen uns dann in West-Berlin, doch gab es für uns keinen gemeinsamen Weg mehr. Es war dem MfS gelungen, was es sich vorgenommen hatte: eine Familie zu zerstören.